

Rede im Landtag

Es gilt das gesprochene Wort!



André Kuper MdL, Bürgermeister a.D.

Kommunalpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

26.09.2013

GE der Landesregierung zum Stärkungspaktgesetz – Kommunal-Soli

Diese Landesregierung bringt heute eines ihrer ungerechtesten Gesetze ein. Als Opposition ist es unsere Aufgabe, bei Fehlern oder Missständen in Gesetzentwürfen den Finger in die Wunde zu legen.

Der Kommunal-Soli ist eine offene Bestrafung für solides Wirtschaften. Diese Zwangsumlage des Landes hat eine unvergleichbar negative Signalwirkung für die gesamte Kommunale Familie. Der Kommunal-Soli wird uns und Sie als Regierung noch lange beschäftigen, denn: Die hiervon betroffenen potentiellen 60 Zahlerkommunen haben bereits die Klage angekündigt. Sie nehmen mit diesem GE jegliche Leistungsanreize für eine solide Haushaltswirtschaft – und von daher ist die Wirkung fatal. Darüber hinaus sind die Zahlungskriterien teilweise fragwürdig.

Übrigens diskutieren und stellen wir hier **nicht** eine grds. Hilfe an die notleidenden Kommunen in NRW in Frage, die bislang häufig an falschen Stellen und Kriterien ansetzt. Die Kritik der 61 Empfängerkommunen spitzt sich zunehmend zu. Ich bin mir sicher, spätestens im Jahre 2016 wird der Scherbenhaufen auch für sie offenkundig sein.

Anrede, dieser GE regelt die Kehrseite der Medaille, die Zahlerseite, die Zwangsumlage, den Kommunal-Soli.

Mit dem heute eingebrachten GE planen Sie den Griff in die Stadtkassen der steuerstärkeren Kommunen.

Sie nehmen in letzter Konsequenz den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft in den 60 Solizahlerstädten das Geld aus der Tasche.

Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, seit Wochen versuchen Sie, mit Begriffen wie „Zahlerstädte sind reiche Kommunen“ und „notwendige Solidarität der Reichen“ Ihr falsches Handeln zu rechtfertigen und den Menschen in unserem Land Sand in die Augen zu streuen. Trotz hohem Aufwandes und jeder Menge Sand gelingt Ihnen das aber nicht. Die Menschen in unseren Städten sind aufgeweckt und klug und, **sie** werden Ihre Pläne mit massivem Protest bekämpfen und, **wir** werden die Kommunen dabei unterstützen.

Schauen wir uns einige Fakten an, dann wird deutlich: Dieser GE ist **durch und durch ungerecht**. Sie wollen steuerstark automatisch gleichsetzen mit reich, was aber so nicht stimmt.

Meinen Sie mit „reich“ auch die 18 der 60 Soli-Zahlerkommunen, die sich selber in der Haushaltssicherung oder im Nothaushaltsrecht befinden?

Bezeichnen Sie damit die 53 Kommunen, welche selber (Mio-)Defizite im Ergebnisplan, also keine ausgeglichenen Haushalte haben? Sind das reiche Kommunen?

Also ich verstehe unter reich etwas anderes, denn nur 7 Kommunen verfügen über einen ausgeglichenen Haushalt.

„Reiche Kommunen“ sollen zahlen, so Ihr Rot-Grünes Credo: Die 60 Solizahlerstädte haben heute schon eine Verschuldung von 2,8 Milliarden Euro: Das soll „reich“ im Sinne von vermögend und zahlungskräftig sein?

Zum Teil sind Empfängerkommunen sogar geringer verschuldet als die von Kommunal-Soli ausgewählten Zahlerkommunen.

Und dann gibt es noch Ihr Argument: „Notwendige Solidarität einfordern“ – toll! Jedes Kind lernt in der Schule, dass jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann. Aber die 60 Soli-Zahler sollen ihren Euro gleich mehrfach an das Land bezahlen, wie soll das gehen?

Die steuerstärkeren Kommunen leisten Solidarität im GFG, die erhalten von den ihnen grundsätzlich zustehenden Anteiles von 23 % der Steuern bzw. Verbundmasse des Geldes ihrer Bürgerinnen und Bürger keinen Cent zurück.

Die 6 Milliarden Schlüssel-Zuweisungen des Landes verteilen Sie nur an die Steuerschwachen- Das ist gelebte und bereits heute praktizierte Solidarität – Nennen wir es: Reich gibt Arm!

Dann wird die Solidarität dieser 60 Städte ein weiteres Mal strapaziert. Diese müssen nämlich aufgrund ihrer hohen Steuerkraft den Löwenanteil zur Finanzierung der Kreise und Landschaftsverbände über die entsprechenden Umlagen bezahlen. Also, zum zweiten Mal gelebte Solidarität.

Und wenn Sie dann jetzt mit der Zwangsumlage die Solidarität ein weiteres Mal einfordern, überlasten Sie damit die Kommunen. ((Doch damit nicht genug. Sie wollen hierbei den fiktiven Maßstab für die Verteilung von Landesgeldern auch noch

als Maßstab für eine Zahlung der Zwangsumlage machen. Damit werden zusätzlich 30 der 60 Kommunal-Soli-Zahlerstädte reicher gerechnet als sie tatsächlich sind.))

“Im Ergebnis führt die Zwangsabgabe de facto zur Einschränkung der verfassungsrechtlich zugesicherten “Finanzhoheit” der Städte und Gemeinden und damit zur Einschränkung der ‘Kommunalen Selbstverwaltung’ sowie einer weiteren Entmachtung der Stadträte.

Was glauben Sie, welche Bürgerinnen und Bürger wollen sich wohl unter diesen Gesichtspunkten noch einbringen in die kommunale Ratsarbeit?

Die Kommunale Selbstverwaltung wird mit dieser Zwangsabgabe im Kern angegriffen. Dieser GE mit dem Kommunal-Soli ist ungerecht, undurchdacht und unverantwortlich: Wir fordern Sie im Interesse der Betroffenen auf, den GE zurückzuziehen.